



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/5 - 7.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Zur Deutschlandpolitik der Westmächte	S. 1
Das britische Weltreich heute	S. 3
Eine salomonische Antwort	S. 5

Das Rahmenprogramm

(sp) Erst jetzt sind wesentliche Einzelheiten aus dem Programm bekanntgeworden, welches die Sachverständigen der Westmächte in Paris für die kommende Konferenz in Berlin erarbeitet haben. Wertvoll ist vor allem die Mitteilung, daß danach die aus freien gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung souverän sein und daß die aus ihr hervorgegangene Regierung keinerlei Beschränkungen unterworfen sein soll, weder in der inneren Exekutive noch in ihren Beziehungen zu anderen Staaten.

Diese Auffassung der Westmächte steht in Widerspruch zu den Vorstellungen des Kanzlers und seiner Rechtsberater, deckt sich aber mit den seinerzeit einstimmig gefaßten Bundestagsbeschlüssen. Die Absicht des Bundeskanzlers ist es, einer künftigen Nationalversammlung lediglich den Auftrag zu geben, eine gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten und bis dahin die Teilstaaten in West- und Mittelddeutschland bestehen zu lassen, freilich mit der Maßgabe, daß außer den Wahlen zur Nationalversammlung auch Wahlen zu den (zur Zeit nicht existierenden) Ländern der Sowjetzone abgehalten werden. In diesem Zusammenhang ist es übrigens interessant, daß das Regierungsbulletin entgegen früheren

Äußerungen maßgebender Regierungssprecher jetzt den Standpunkt vertritt, daß die Sowjetzonenverfassung auch nach der formalen Seite hin jedes demokratischen Inhaltes entbehrt.

In dem Konflikt über die Kompetenzen einer künftigen Nationalversammlung, der bis weit in die Reihen der Regierungsparteien reicht, haben sich also die Westalliierten gegen den Bundeskanzler entschieden. Offenbar taten sie es, weil sie die Unzweckmäßigkeit, ja Gefährlichkeit des Adenauerschen Vorhabens erkannten. In der Praxis würde nämlich die Verwirklichung dieses Planes das Weiterbestehen zweier deutscher Staaten auf lange Sicht bedeuten. Eine der wesentlichsten Aufgaben der Berliner Konferenz ist es aber gerade, nach Mitteln und Möglichkeiten für eine Entspannung in der Weltpolitik zu suchen, deren eine Hauptursache eben in der Spaltung Deutschlands liegt.

Auch nach sozialdemokratischer Auffassung, das ist immer wieder gesagt worden, müssen vor allem drei Voraussetzungen geschaffen werden:

1. Freie, allgemeine Wahlen für Gesamtdeutschland zu einer Nationalversammlung, die die Befugnisse eines normalen Parlamentes hat, darunter die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung mit allen Rechten für die Ausübung der effektiven Kontrolle in ganz Deutschland.
2. Beteiligung dieser Regierung an den Verhandlungen über einen künftigen Friedensvertrag.
3. Freie Entscheidungsmöglichkeit der gesamtdeutschen Volksvertretung zu der Frage des künftigen internationalen Status Deutschlands in Übereinstimmung mit den anderen Mächten.

Vielleicht wird die hier zuletzt aufgeführte Frage in Berlin als erste das beherrschende Thema sein, da es unlösbar mit dem allgemeinen Sicherheitsproblem zusammenhängt, Sicherheit aber das dringendste Anliegen beider Seiten ist. Sowohl der Westen wie der Osten beteuern, daß ihre ganzen militärischen Anstrengungen nur dem Schutzbedürfnis dienen. Mit Beteuerungen aber allein kann man das gegenseitige Mißtrauen nicht abbauen, wichtig ist vielmehr, das Sicherheitsbewußtsein durch geeignete politische Maßnahmen für lange Zeit zu schaffen.

Das Rahmenprogramm der Westmächte in der Frage der deutschen Wiedervereinigung kann, soweit es bisher bekanntgeworden ist, als ein gutes Zeichen für den großen Ernst angesehen werden, mit dem diese Seite an die schwere Arbeit geht, die in Berlin zu leisten sein wird.

Commonwealth bleibt Weltmacht

F.S.-London

In ihrer Weihnachtsansprache erwähnte Königin Elizabeth das Commonwealth, das sich "stetig zu einer größeren Harmonie zwischen seinen vielen Religionen, Farben und Rassen entwickelt trotz Unvollkommenheiten, von denen es, wie jede menschliche Einrichtung, bedrängt ist". Diese Unvollkommenheiten haben während der letzten Monate sehr im Vordergrund gestanden. Die beiden Unterhaus-Debatten über Guayana und Uganda und die Aussprache, in der die Labour-Fraktion die gesamte Afrika-Politik der Regierung zensurierte, dominierten die politische Szene in Westminster. Auch in den kommenden Monaten wird die Commonwealth-Politik in den Parlamenten eine wesentliche Rolle spielen, ohne daß dieses Problem selbst dann eine sofortige Lösung finden würde, wenn ein Regierungswechsel einträte. "Es ist absolut unmöglich", sagte Attlee auf dem Parteitag Labours, als er den afrikanischen Sektor erwähnte, "daß ein Volk, das niemals parlamentarische Einrichtungen kannte, sofort ein kleines Westminster im Busch aufbauen kann". Man müsse langsam und stufenweise auf das Ziel einer demokratischen Selbstregierung hinarbeiten und gleichzeitig die ökonomischen Grundlagen schaffen und die Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebensstandards beschleunigen.

Mit einer fast 540 Millionen starken Bevölkerung hat das britische Commonwealth keine geschriebene Verfassung. Der Zusammenhalt ergibt sich aus gemeinsamen, in einem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund verankerten Interessen. Die Königin von Großbritannien ist Königin von Kanada, Australien, Neuseeland, Ceylon und vorläufig noch von Süd-Afrika und Pakistan, neben einer Anzahl kleinerer Staaten; sie ist gleichzeitig das Haupt des Commonwealth, dem als selbständige Republik auch Indien angehört. Nur sehr selten greift die britische Politik in die Entscheidungen der Regierungen oder Parlamente der Mitgliederstaaten ein. So mögen sich Hindus und Moslems in Asien, Neger und Weiße in Afrika bekämpfen; so mag Pakistan amerikanische und Indien als Antwort russische Beziehungen anknüpfen; so kann

die kleine Tonga-Insel eine eigene Königin haben, während andere Territorien republikanische Unabhängigkeit besitzen. Das "Statut von Westminster" beschreibt die Commonwealth-Nationen als "autonome Gemeinschaften innerhalb des britischen Empire, vereinigt durch eine gemeinschaftliche Verpflichtung zur Krone und frei verbunden als Mitglieder des britischen Commonwealth", dem auch die Kolonien, aber nicht als Mitglieder angehören.

Es sind gerade diese, hauptsächlich in Afrika liegenden, noch unselbständigen Besitzungen, die der britischen Politik im Augenblick die größten Sorgen bereiten. Hier wird eine vergangene imperialistische Kolonialpolitik in ihren Folgen am stärksten bemerkbar. Wenn auch die Labour Party in der Opposition keinen direkten Einfluß auf die Kolonialpolitik der Regierung auszuüben imstande ist, so nimmt sie doch durch ein eigenes Kolonialdepartement, durch die Fabian Gesellschaft und durch andere Organisationen eine Vermittlung wahr, die von der Regierung nicht ungern gesehen wird. Trotz verschiedener Auffassung über die Leitung der Kolonialpolitik bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Regierung und Opposition bemüht sind, den Einfluß des Mutterlandes im Commonwealth zu stärken, der während der letzten Jahrzehnte stetig Einbuße erlitt.

Die Ursache dieses anhaltenden Prestigeverlustes wird nicht nur durch die verhältnismäßig schnelle Entwicklung der Mitgliederstaaten erklärlich, die sich teilweise in besserer wirtschaftlicher Position befinden als das Mutterland; von großer Bedeutung wird auch die Stellung des Vereinigten Königreiches außerhalb des Commonwealth, die Rolle also, die Großbritannien im Kreise der Nationen spielt, die wiederum oft genug von den Kräften abhängig sind, die im Commonwealth entscheiden, das immer noch eine Weltmacht und zugleich einen Ruhepunkt darstellt. Man vermeint sehr oft, daß Großbritanniens Weltmachtstellung verloren ging. Zugegeben, daß es gegenwärtig um seine wirtschaftliche Existenz zu kämpfen hat; solange aber das Commonwealth als ein freiwilliger Staatenbund loyal zur britischen Krone steht, solange wird London als Zentrum die politische Regie behalten.

Von der arischen zur proletarischen Großmutter

K.H. Die SED-Zeitschrift "Die neue Schule" beschäftigt sich kürzlich mit dem schwerwiegenden Problem, wann ein Kind als "Arbeiterkind" anzusehen sei. In einem "Brief an die Redaktion" stellt der Lehrer Hartmut Graetz aus Berlin die folgende Frage:

"Der Vater eines Schülers ist beim Magistrat als Abteilungsleiter angestellt. Die Mutter ist in einem VEB Arbeiterin. Nach der alten Regelung ist das Kind kein Arbeiterkind. Wo bleibt da die Gleichberechtigung? Ebenso ist das Stichtjahr 1942 überholt. Ein Vater, dessen erster Sohn in diesem Jahr eingeschult wird, hat zum Beispiel mit zwanzig Jahren geheiratet. Er war also im Stichtjahr 1942 noch Schüler. Wie sollen aber seine Kinder nach seiner Tätigkeit von 1942 eingestuft werden?"

Der "Leiter der Rechtsstelle im Ministerium für Volksbildung", Krahm, erteilt dem Lehrer folgende salomonische Antwort:

"Diese Frage ist nur dann verständlich, wenn der Vater auch vor 1942 nicht Arbeiter war. Dann aber ist das Kind mit Rücksicht auf die Gleichberechtigung der Frau und Mutter als Arbeiterkind zu behandeln. Eine solche Entscheidung wäre auch in Hinsicht auf den Vater unbedenklich, der durch seine Heirat seine persönliche Verbundenheit mit der Arbeiterklasse unter Beweis stellte. Im übrigen entscheidet bei Verschiedenheit der beiden Elternteile meines Erachtens die Zugehörigkeit zur fortschrittlichsten und stärksten Klasse als der dominierenden und damit ausschlaggebenden Klasse.

Wenn der Vater nicht "bestimmbar" ist, weil er 1942 noch Schüler war, entscheidet die Klassenzugehörigkeit der Großeltern".

Abgesehen davon, daß es in der mit monopolkapitalistischen und kleinbürgerlichen Vorurteilen belasteten Welt auch schon vorgekommen sein soll, daß Menschen aus Liebe und nicht nur deshalb heirateten, um ihre "persönliche Verbundenheit" zu einer Klasse unter Beweis zu stellen, erinnert das Suchen nach der proletarischen Großmutter sehr an jene Zeit, wo arische Großmütter im Kurs stiegen.

In unserem Jahrhundert blieb es 1917 der Sowjetunion vorbehalten, die Großmütter zu einem wichtigen politischen Faktor gemacht zu haben. Die Angehörigen des russischen Adels, Bürgertums und der als Kulaken bezeichneten Bauern wurden geächtet und verbannt und es erwies sich für das Fortkommen jedes Sowjetbürgers als sehr vorteilhaft, über eine proletarische Großmutter zu verfügen, - obwohl die Führer der Bolschewiken durchaus nicht alle proletarischer Abstammung waren. Auch in den kommunistischen Parteien der anderen Länder erfreute sich der Besitz einer proletarischen Großmutter großer Wertschätzung.

Die Nationalsozialisten setzten anstelle der klassenreinen die rassenreine Oma, deren Nachweis zu erbringen man sogar Ahnenpässe anlegte.

Diese Wahnsinnstheorien von der klassen- und rassenreinen Großmama mußten sowohl in der Sowjetunion als auch in den von Hitler besetzten Gebieten Millionen Menschen mit dem Leben bezahlen. In Sowjetrußland wurden Hunderttausende aufgrund ihrer nichtproletarischen Herkunft deportiert, was in den meisten Fällen dem Hungertod gleichkam, während Hitler Millionen unschuldiger Menschen aufgrund ihrer nichtarischen Großmutter vernichten ließ.

Die Schaffung einer freien Welt und eines freien Europas setzt eine gründliche Entpolitisierung der internationalen Großmütter voraus. Es ist zu wünschen, daß zum Arier- und Prolet(arier)-Nachweis nicht noch ein abendländischer Ahnenpaß hinzukommt.

+ + +